



▼ Pressearbeit

▼ Telefon: (030) 53 67 66 29

▼ E-Mail: presse@palastbuendnis.de**PRESSEMITTEILUNG**

Berlin, 19. November 2005

1. STOPTAG: 5.000 SAGEN „NEIN!“ ZUM ABRISS

„Wir haben keine Chance. Nutzen wir sie!“, rief Hans Christian Ströbele entschlossen den Menschen zu, die sich vor der Bühne am Palast der Republik versammelt hatten. Dem Aufruf des BÜNDNISSES FÜR DEN PALAST, sich aktiv gegen den Abriss und für einen fairen öffentlichen Diskurs einzusetzen, waren am Samstag insgesamt rund 5.000 Abrissgegner gefolgt.

Nach ersten Zählungen wurden allein an diesem Tag 3.500 weitere Unterschriften gesammelt. Insgesamt fordern bislang über 12.000 Menschen aus allen Teilen der Bundesrepublik mit ihrer Unterschrift ein Moratorium für den geplanten Abriss des Palastes, bis es eine wirtschaftlich überzeugende und realistisch umsetzbare Lösung für die weitere Entwicklung des Schlossplatzes gibt.

Der 1. Stoptag war somit ein voller Erfolg. Und er hat eines ganz klar gezeigt: Es sind nicht die Ewig-Gestrigen, die aus ostalgischem Trotz ihren Unwillen gegenüber einer falschen politischen Entscheidung bekunden. Es sind vor allem junge Menschen aus allen Teilen der Republik. – Eine neue Generation, die nicht anhand ihrer Herkunft oder politischen Positionierung definiert werden kann. So waren auch die Beiträge der Redner, darunter der Architekt Phillip Oswald, Kunsthistorikerin Prof. Gabi Dolff-Bonekämper, Architekturkritiker Prof. Ulrich Hartung, Petra Pau (Die Linke.PDS) und Hans Christian Ströbele (Bündnis 90/ Die Grünen), keinesfalls ideologisch, sondern vernunftorientiert und zukunftsgerichtet: Der Palast der Republik ist ein Ort mit unvergleichlichem kreativem Potential, der unvoreingenommen von der jungen Kunst- und Kulturszene angenommen wurde und das Image Berlins international positiv geprägt hat - und dies auch zukünftig könnte und sollte.

Die wichtigste Botschaft des Tages war jedoch die von allen Rednern an die Mitglieder des Bundestags gerichtete Forderung, die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zur Kenntnis zu nehmen und die notwendigen Konsequenzen daraus zu ziehen. Die Grundlage, auf der der Bundestag seine Empfehlung für den Bau des Humboldt-Forums beschlossen hat, existiert nicht mehr: Laut Studie verdoppeln sich die zu erwartenden Kosten auf 1,2 Milliarden Euro bei einer gleichzeitigen Reduzierung der zu erzielenden Nutzfläche auf die Hälfte. Das bedeutet eine Vervierfachung der Kosten pro qm nutzbarer Fläche! Unter diesen Umständen wäre es absolut verantwortungslos, an einem veralteten Beschluß festzuhalten, der die neu hinzugekommenen Fakten und die Mehrheitsmeinung der Bevölkerung ignoriert!

Deshalb wird das BÜNDNIS FÜR DEN PALAST in den nächsten Wochen alle Möglichkeiten nutzen, dem Willen der Mehrheit eine Stimme zu verleihen. Dafür werden wir verstärkt ge-

zielt den Dialog mit den Entscheidungsträgern in der Politik suchen, um ihnen das zu mitzuteilen, was sie eigentlich schon längst wissen müssten: „Eine skandalöse Riesenbrache und ein finanzielles Dauerdesaster“ (SZ, 19.11.05) sind nicht im Sinne ihrer Wähler.

Außerdem werden weitere Aktionen und Veranstaltungen stattfinden:

25. November 2005: Benefizparty im Palast ++ 15. Dezember 2005: 2. Stoptag und Film-
premiere ++ 31. Dezember 2005: 3. Stoptag im Palast.

BÜNDNIS FÜR DEN PALAST